



Ändern oder untergehen

Die CSU-Landesgruppe plant eine strategische Neuausrichtung. Seite 2

Foto: imago/Methodi Popow

Feindbild Osteuropäer

In Hagen machen Anwohner Migranten zu Sündenböcken. Seite 3

Kunst von damals

In einer großen Ausstellung zeigt das Museum Barberini in Potsdam mehr als 100 Arbeiten aus der DDR. Seite 13

Foto:VG BILD-KUNST, Bonn 2017

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Mittwoch, 1. November 2017

72. Jahrgang/Nr. 254 Bundesausgabe 1,80 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Russische Spur

Klaus Joachim Herrmann über eine Verschwörung gegen die USA

Das zergeht als politische Delikatesse auf der Zunge: Mit jüngsten Anklagen gerate die Russland-Affäre um das Wahlkampfteam von US-Präsident Trump zur »Verschwörung gegen die USA«, frohlocken Beobachter. Dabei geht es mit Steuerbetrug, Falschaussagen und Geldwäsche um rein kriminelle (Un-)taten. Der Kreml wird über Kiew ins Spiel gebracht. Der dort beratene Präsident Janukowitsch war »russlandfreundlich«.

Als heißeste Spur zum Kreml werden der staunenden Welt »wissentlich und absichtlich« falsche Angaben über den Kontakt eines Wahlkampfberaters (bis dahin Forschungsassistent beim Hudson Institute) mit einem »Professor« mit Russland-Kontakten präsentiert. Zur Reise nach Moskau sei der Wahlkämpfer von ungenannten Kollegen »ermuntert« worden, habe sie aber niemals angetreten.

Das also sind die bislang deutlichsten Hinweise auf eine mögliche Zusammenarbeit des Trump-Lagers mit Russland. Das also gilt als eine »bedeutende Eskalation« in den Untersuchungen des Sonderermittlers. Von einem Paktieren mit dem ex-sowjetischen Erzfeind wäre mehr zu erwarten.

Die belastenden Materialien waren freilich echt. Für die aber hatten die Demokraten selbst gesorgt – mit krummen Touren der Clinton-Truppe gegen den linken Bewerber um die Präsidentschaft und privaten E-Mail-Konten für Dienstsachen als Lockangebot für professionelle und Hobbyhacker. Darüber wäre zu reden. Die russische Spur aber ist als eine ideologische gelegt und nur als solche heiß. Die US-Wähler haben sich ihren Trump doch selbst gewählt.

UNTEN LINKS

Dass das Bäckerhandwerk in einer tiefen Krise steckt, hat vielfältige Gründe. Und die sind sogar international. Ist doch schon die Definition des Produktes Brötchen diffizil – aus Weizen, Roggen, Dinkel, mit Mehr-Körnern, Sesam oder Kürbiskernen, mit Sternmuster oder klassisch zweigeteilt, dafür aber ohne Konservierungsmittel, von der freundlichen Verkäuferin ausgehändig oder tausendmal im Supermarktregal berührt? Belegt oder pur, mit Butter oder Margarine, Marmelade, Zwiebelmlett oder veganem Glibber?

Noch schwieriger wird es bei der Verwendung: Frühstück im Bett oder am Tisch, Brotzeit, Jause, Mittagspause, Wurfgeschoss? Bei Letzterem ist Vorsicht geboten. Dem Hongkonger Aktivisten half es vor Gericht nicht, dass er eigentlich einen Politiker und keinen Polizisten treffen wollte und es sich bei der Backware nach seiner Ansicht nicht um ein Brötchen, sondern um eine stinkende Fischsemmel handelte. Alles eine Frage der Definition. sat

ISSN 0323-3375



Ein Gespenst geht um

Halloween im Weißen Haus mit russischen Spukgeschichten



Süßigkeiten für die Kinder und Gespenstisches für den Hausherrn – Halloween im Weißen Haus

Foto: dpa/Pablo Martinez Monsivais

Washington. Traditionell gespenstisch wurde Halloween am Dienstag im Amts- und Wohnsitz des US-Präsidenten zelebriert. Doch bot das vorgeblich unideologische Kinderfest für den Hausherrn Donald Trump und First Lady Melania neben den üblichen Geistern einigen politisch-juristischen Grusel und mehr Saures als Süßes. Denn einmal mehr beschworen die erbitterten Widersacher des Präsidenten das Gespenst einer Russland-Affäre seines Wahlkampfteams, das den Chef mit unzulässiger ausländischer Hilfe an die Spitze der Supermacht gebracht hat und seine Gegnerin Hillary Clinton in die Niederlage stürzte.

Ausgerechnet zum Gruselfest präsentierte die US-Justiz Anklagen gegen drei frühere Trump-Berater. Der frühere Wahlkampfleiter Paul Manafort und dessen Vertrauter Richard Gates sehen sich einer Anklage wegen Verschwörung und Falschangaben gegenüber Behörden – sprich Geldwäsche – ausgesetzt und wurden unter Hausarrest gestellt. Während sie ihre Unschuld beteuern und auch nur über Lobbyarbeit für den gestürzten ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch eine Verbindung mit Russland offenbaren, zeigt sich ein dritter Beschuldigter geständig und ertragreicher für die Affäre.

Mit George Papadopoulos, der neben den beiden Schwergewichten als kleines Licht in der Wahlkampfmaschinerie des Siegers gilt, verbindet sich immerhin leiser Verdacht auf direkte Russlandkontakte – am ehesten vielleicht mit Moskaus Botschafter in London. Ein ungenannter »Professor« und eine vorgebliche Nichte des russischen Präsidenten Wladimir Putin nähren hingegen die Vermutung, es handle sich hier um das Szenario einer Räuberpistole. Russlands Außenminister Sergej Lawrow jedenfalls sieht »nicht einen einzigen Beweis« für russische Einflussnahme auf die US-Wahlen. nd/mit Agenturen Seite 7

UNO warnt vor schneller Erderwärmung

Kohlendioxid-Konzentration in der Luft steigt so schnell wie nie zuvor an

Wenige Tage vor der Weltklimakonferenz in Bonn kritisiert der Emissions Gap Report erneut die Ignoranz der Staaten.

Berlin. Die Ziele des Klimaabkommens von Paris werden bei Weitem nicht erreicht, wenn alle Länder so weitermachen wie bisher. Selbst bei Einhaltung aller bisher von den Ländern vorgelegten Klimaschutzzusagen wird sich die Erdtemperatur laut UN-Umweltprogramm (UNEP) um mindestens drei Grad im Vergleich zur Zeit vor der Industrialisierung erhöhen. Dieses mahnende Zwischenzeugnis, den sogenannten 8. Emissions Gap Report, stellte UNEP am Dienstag in Genf vor.

In Paris hatten die Staaten vereinbart, die Erderwärmung möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen, auf jeden Fall aber auf deutlich unter zwei Grad. »Es besteht dringend Bedarf, die kurzfristigen Maßnahmen zu beschleunigen und die langfristigen Ziele ehrgei-

ziger zu gestalten«, heißt es im Report. Das Ziel von höchstens zwei Grad durchschnittlicher Erwärmung gilt als äußerste Grenze, um katastrophale Klimafolgen abzuwenden. Nach Angaben der Weltwetterorganisation (WMO) ist es bereits jetzt 1,2 Grad wärmer.

Das letzte Mal, dass die Erde eine so hohe CO₂-Konzentration aufwies, liegt drei bis fünf Millionen Jahre zurück.

Bereits am Montag warnte die WMO, dass die Konzentration des klimaschädlichen Kohlendioxids in der Atmosphäre 2016 einen neuen Rekordwert erreicht habe. Im weltweiten Durchschnitt lag sie demnach bei 403,3 ppm (Teilchen pro eine Million Teilchen),

nach 400 ppm in 2015. Damit ist die CO₂-Konzentration in der Luft vergangenes Jahr so schnell gestiegen wie noch nie. Verantwortlich für den Anstieg seien der Mensch sowie das Wetterphänomen El Niño, hieß es in dem WMO-Jahresbericht zu Treibhausgasen weiter. Das letzte Mal, dass die Erde so hohe CO₂-Konzentrationen aufwies, war demnach vor drei bis fünf Millionen Jahren. Damals war der Meeresspiegel 20 Meter höher als heute.

UNEP-Chef Erik Solheim verlangte eine konsequente Nutzung von Wind-, Wasser- und Solarenergie. Den erneuerbaren Energiequellen gehöre die Zukunft, wie das Beispiel Deutschland zeige. Die Staaten müssten jegliche Subventionen für fossile Energieträger wie Kohle und Öl abschaffen.

»Ich bin schon mal froh, dass alle Länder bis auf die Vereinigten Staaten zusammenbleiben«, sagte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) der »Rhei-

nischen Post« mit Blick auf die vom 6. bis 17. November in Bonn stattfindende Weltklimakonferenz. Dort soll es unter anderem darum gehen, wie die Fortschritte einzelner Länder gemessen und verglichen werden können. Die Präsidentschaft liegt dieses Jahr bei den Fidschi-Inseln. US-Präsident Donald Trump hatte im Juni entschieden, aus dem Pariser Abkommen auszusteigen. nd/Agenturen

Kommentar Seite 4

Lesen Sie heute im Ratgeber

Deutsche Bahn: Neues zum Fahrplanwechsel

Wie Bankkunden ihr Geld zurückbekommen

IKEA muss Elektroaltgeräte zurücknehmen

Terrorverdächtiger festgenommen

Thomas de Maizière: Schwerer Anschlag konnte verhindert werden

Berlin. Die Festnahme eines terrorverdächtigen Syrers hat nach den Worten von Bundesinnenminister Thomas de Maizière einen »schweren Terroranschlag in Deutschland« verhindert. »Nach allem was wir wissen, erfolgte der Zugriff zum richtigen Zeitpunkt: spät genug, um Beweise zu sichern und gleichzeitig früh genug, um die Gefahr zuverlässig zu bannen«, erklärte de Maizière am Dienstag. Alle Beteiligten hätten »hervorragende Arbeit« geleistet, lobte der Minister. »Mein Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verfassungsschutzes, der Kriminalpolizei, der Sonderpolizeinheiten in Bund und Ländern sowie der Justiz, die sich Tag für Tag für unsere Sicherheit einsetzen.« Die Gefährdungslage in Deutschland sei unverändert hoch. Angesichts der Bedrohung durch islamistischen Terrorismus arbeiteten die Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern, national und international eng und gut zusammen und handelten »wenn nötig entschlossen und konsequent«, betonte de Maizière. dpa/nd Seite 6

Evangelische Kirche feiert Reformation

Bundespräsident und Kanzlerin besuchten Fest in Wittenberg

Wittenberg. Bundesweit hat die evangelische Kirche am Reformationstag des Theesenanschlages Martin Luthers vor genau 500 Jahren gedacht. An dem historischen Datum herrschte allerorten großer Andrang zu den Gottesdiensten, im Kurznachrichtendienst Twitter war #Reformationstag am Vormittag der meistgenutzte Hashtag. In der Wittenberger Schlosskirche, an deren Tür Luther der Überlieferung nach am 31. Oktober 1517 seine 95 Thesen angeschlagen hatte, rief die Reformationsbotschafterin der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Margot Käßmann, dazu auf, sich stärker und offen zum Glauben zu bekennen. Am Dienstagmittag sollten die Feiern zum 500. Reformationsjubiläum in Wittenberg mit einem zentralen Festgottesdienst und einem Festakt mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ihren Höhepunkt erreichen. In der Wittenberger Stadtkirche stand der Gottesdienst im Zeichen der Annäherung zwischen Protestanten und Katholiken. epd/nd

Jamaika einigt sich bei Sozialpolitik

Unionsparteien, FDP und Grüne für Begrenzung der Beiträge

Berlin. Die Jamaika-Parteien haben sich auf Ziele in der Sozial-, Sicherheits- und Bildungspolitik verständigt. So wollen Union, FDP und Grüne die Sozialbeiträge bei 40 Prozent halten. Damit sind sie der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände entgegen gekommen. Deren Präsident Ingo Kramer hatte vor wenigen Tagen noch einmal gefordert, eine Obergrenze der Sozialabgaben von 40 Prozent festzuschreiben.

Niedrigere Sozialbeiträge bedeuten für Unternehmen geringere Arbeitskosten und für Beschäftigte geringere Abzüge vom Bruttogehalt. Wenn die Sozialabgaben sinken, stehen allerdings auch weniger Mittel für Kranke, Rentner, Arbeitslose und Pflegebedürftige zur Verfügung.

Bemerkenswert ist, dass die Jamaika-Parteien prüfen wollen, ob nicht nur auf Löhne, sondern beispielsweise auch auf Mieteinnahmen Sozialbeiträge erhoben werden.

In der Rentenpolitik streben die Parteien gleitende Übergänge von der Erwerbstätigkeit in den Ruhestand an. nd Seiten 4 und 6